



Nr. 128. Mittag-Ausgabe.

Fünfundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dienstag, den 17. März 1874.

## Deutschland.

### O. C. Reichstags-Verhandlungen.

18. Sitzung vom 16. März.

11 Uhr. Am Thüre des Bundesrates Delbrück u. A.

Ein Schreiben des Reichstagsamtes gibt dem Präfatu Kenntnis davon, daß der Bundesrat in die Commission für den Bau des Parlamentsgebäudes die Bevollmächtigten Bergler von Berglas und Krüger, Ministerial-director Weißhaupt und Ministerialrat v. Böllow berufen hat.

Das Impfgesetz wird nach den Beschlüssen der dritten Berathung unverändert und mit entschiedener Majorität definitiv genehmigt. Von diesen Beschlüssen sei noch einmal erwähnt, daß den Anträgen des Dr. Loewe gemäß das Impfgesetz bereits mit dem 1. April, nicht erst mit dem 1. Juli d. J. in Kraft tritt, und daß die in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Bestimmungen über Zwangsimpfungen bei dem Ausbruch einer Pocken-Epidemie durch dieses Gesetz nicht berührt werden. Über diese auf § 19 bezüglichen Bestimmungen wurde noch einmal besonders abgestimmt, weil die betreffenden Anträge in der Sitzung vom 14. d. M. nur schriftlich und nicht gesprochen oder zugelassen sind.

Erwähnt sei ferner noch, daß im Hause das Porträt des Dr. Jenner in zahlreichen Exemplaren circuliert; Dr. Loewe hat es an Freunde und Gegner vertheilt.

Die dritte Berathung der Strandungsordnung leitet Abg. Becker mit dem Ausdruck des Bedauerns ein, daß sie keine Bestimmungen über die Rettung von Menschen im Falle von Seenoth und Strandungen enthält und keine Belohnungen dafür sichert.

Abg. Schmidt (Stettin) hält diesen Vorwurf für unbegründet. Denn § 750 des Handelsgezobuches verheist bereits den Lohn für die Rettung von Menschenleben und es ist zu erwarten, daß die Landesregierungen den Titel V im fünften Buche des Handelsgezobuches, welcher vom Berge- und Hilfslohn handelt, ergänzen bzw. abändern werden. Thatsächlich werden auch bereits auf Grund von Verwaltungsmaximen den Reitern von Menschenleben Belohnungen zugewendet.

Hierauf werden §§ 1—15 der Strandungsordnung ohne Discussion angenommen.

Zu § 16 („Die geborgenen Gegenstände sind dem Schiffer, in Ermangelung denselben demjenigen, welcher sonst seine Empfangsberechtigung nachweist, auszuliefern. Die Auslieferung darf jedoch erst nach Bezahlung oder Sicherstellung der Vergütungsfestsetzung einschließlich des Bergelobnes [Art. 753 des Allgemeinen deutschen Handelsgezobuches] und nach erfolgter zollamtlicher Absertigung gechehen.“) liegen zwei Amendements von Reimer und von Becker u. Gen. vor. Das erste fügt hinzu: „Ausgeschlossen vor lebenden Bestimmungen sind die Selbstgebrauch bestimmten Effecten der Mannschaft und Passagiere, resp. Auswanderer.“

Das zweite schaltet nach dem Worte „jedoch“ ein: „mit Ausnahme der für das augenblickliche Bedürfnis der Mannschaft und Passagiere erforderlichen Gegenstände.“

Abg. Reimer: Nach §§ 49 und 81 der Seemanns-Ordnung hat der Rheder nach der Strandung gar keine Verpflichtung gegen seine Seemannschaft, während er selbst vielleicht noch durch die Zahlung der Versicherungssumme ein gutes Geschäft macht. Die Seemannsordnung solle ihm daher die Verpflichtung auferlegen, für den Verlust der Seemannschaften, die für fremdes Gut ihr Leben im Dienst einzusezen, aufzukommen. Nach der Strandung hört der Heuerlohn auf; werden aber die Effecten des Seemanns gerettet, so soll dieser noch damit für die Kosten der Bergung haften, und eben so Auswanderer. Der Staat sollte auch die Kosten tragen, wenn es sich um den geringen Bestand und die Gesundheit der Seeleute handelt und dafür sorgen, daß ihnen ihre Effecten sofort ausgehändigt werden. Der Antrag Becker saßt nur ihr augenblickliches Bedürfnis ins Auge, darum bitte ich Sie, dem meining zu stimmen.

Abg. Becker: Der Antrag Reimer geht zu weit, wenn er verlangt, daß die sämtlichen zum Selbstgebrauch bestimmten Effecten der Mannschaften und Passagiere sofort freigegeben werden sollen.

Abg. Mosle hält beide Amendements für überflüssig, da sie von der irriegen Voraussetzung ausgehen, als ob unentbehrliche Effecten und Kleidungsstücke geistreiter Seeleute jemals zurückbleiben würden. Die Vorredner haben daher auch keinen einzigen Fall zur Begründung ihrer Voraussetzung anzuführen können. Die von ihnen vorgeschlagenen Zusätze sind selbstverständlich und daher überflüssig.

Geb. Rath Nieberding bittet ebenfalls, beide Amendements abzulehnen. Würde das Retentionsrecht des Rheders an den Effecten der Seemannschaften und Passagiere bejaht, so müßten die einschlägigen Bestimmungen des Handelsgezobuches abgeändert werden, wozu kein Grund vorliegt.

Das Amendement Reimer, für welches nur die Socialdemokraten stimmen, wird abgelehnt, das von Becker und Genossen in namentlicher Abstimmung mit 173 gegen 125 Stimmen angenommen.

Die von der Commission eingehaltenen §§ 30—32 bestimmen, daß für den Fall, wo die Berechtigung zum Empfang der geborgenen Gegenstände streitig ist, das Strandamt demjenigen unter den Anspruch Erhebenden bezeichnet soll, gegen welchen die anderen ihre Ansprüche im Wege der Klage auseinandersetzen können. Zur Anstellung der Klage bestimmt das Strandamt einer angemessene Prädikturstift.

Abg. Römer (Württemberg) hält es für bedenklich, in ein so allgemeines, ein ganzes Rechtsgebiet umfassendes Gesetz eine Bestimmung für einen beliebigen Fall aufzunehmen, zumal schon nach dem Handelsgezobuch die Klage auch in diesem Falle möglich und die Form für dieselbe festgelegt ist.

Abg. Becker: Der Vorredner hat seine Bedenken schon bei der zweiten Lesung vorgebracht und dadurch erst bin ich auf die Tragweite der Paragraphen aufmerksam gemacht worden, und es habe sich dann die Bestimmung als für mich unannehmbar gezeigt. Auch ich halte es für bedenklich, eine solche kastistische Gelegenheitsgesetzgebung zu machen, die noch dazu mit dem deutschen Handelsgezobuch in Widerspruch steht. Die Bestimmungen sind bedenklich und ich bitte Sie die Paragraphen heute abzulösen.

Abg. Bähr (Kassel) teilt die Ansicht der beiden Vorredner nicht; sie ständen durchaus auf dem Standpunkte der Theorie. (Sehr wahr!) Die Commission hat die Paragraphen eingeschaltet, um eine schnellere Erledigung der betreffenden Streitigkeiten herbeizuführen; da eine Verzögerung in solchen Fällen einen bedeutenden Schaden der Beteiligten zur Folge hätte.

Die §§ 30—32 werden auch in dritter Lesung, ebenso auch die übrigen Paragraphen ohne Discussion und schließlich das ganze Gesetz definitiv angenommen.

Es folgte die dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Einschränkung der Gerichtsbarkeit der deutschen Consuln in Egypten, dessen einziger Artikel folgendermaßen lautet:

Zur den Consuln des deutschen Reiches in Egypten zustehende Gerichtsbarkeit kann durch eine mit Zustimmung des Bundesrates zu erlassende kaiserliche Verordnung eingeschränkt oder aufgehoben werden. Die Dauer der Einschränkung oder Aufhebung soll jedoch den Zeitraum von fünf Jahren nicht übersteigen.

Abg. Teltzky: Es kann bedenklich erscheinen, daß das, was eigentlich Aufgabe der Gesetzgebung ist, nur durch eine kaiserliche Verordnung geregelt werden soll; schon bei den Verhältnissen zu anderen Staaten ständen einer solchen Art und Weise, die Gerichtsbarkeit der Consuln einzuschränken, große Bedenken entgegen; im Orient kommt die leider dort herrschende Besiedeltheit noch dazu. Es wird schwer sein, einheimische Richter, die einem bedenklichen Grad von Unabhängigkeit haben, zu finden, um die von Egypten in Aussicht genommenen gemischten Gerichte zu komponieren. Ich will nur zwei Punkte zur Sprache bringen. In dem von Egypten aufgestellten Reglement ist immer die Reise von einem Präfidenten des Gerichts, aber nicht von einem Consuln; man weiß nicht, ob der ein einheimischer oder ausländischer Richter sein wird. Ferner ist es doch zu wünschen, daß in dem Falle, wo es sich um Verurteilung eines Deutschen zur Todesstrafe handelt, der Majestät dem deutschen Kaiser das Begnadigungsrecht vorbehalten bleibt.

Commissionarius des Bundesrates: Die ägyptische Regierung wird einen Ehrenpräsidenten ernennen, der nur die Repräsentation nach Außen

hat, während der Vicepräsident die eigentlichen Geschäfte zu leiten, also hauptsächlich den Vorsitz in den Sitzungen der Gerichtshöfe zu führen hat, in welchen die Urtheile gefällt werden. Das Zahlengericht bei der Zusammenziehung der Gerichte wird durch die Einsetzung des Präfidenten nicht berührt. Was die zweite Frage betrifft, so kann ich nur auf den letzten Abschnitt verweisen, in welchem es heißt, daß im Falle der Verurteilung zum Tode, die Vertreter der verschiedenen Mächte ihre Angehörigen reklamieren.

Der Gesetzentwurf wird darauf in der dritten Lesung definitiv mit großer Majorität angenommen.

Endlich tritt das Haus in die zweite Berathung des Gesetzentwurfs über die Presse ein. Die §§ 1—4 enthalten die einleitenden Bestimmungen.

§ 1 der Vorlage lautet: Die rechtliche Stellung der Presse wird durch das gegenwärtige Gesetz geregelt und unterliegt nur denjenigen Beschränkungen, welche durch dasselbe vorgeschrieben oder zugelassen sind.

Die Commission hat den § 1 so gefasst: Die Freiheit der Presse unterliegt nur denjenigen Beschränkungen, welche durch das gegenwärtige Gesetz vorgeschrieben oder zugelassen sind.

Abg. Hasenclever und Genossen beantragen, dem § 1 folgende Fassung zu geben: Jedermann hat das Recht, seine Gedanken zu veröffentlichen; die Freiheit der Presse darf in keiner Weise eingeschränkt werden. Wer Personen durch Verbreitung ewiglich unmährer Thatsachen mittels der Presse verächtlich macht oder in ihren Vermögensverhältnissen schädigt, ist auf Antrag des Veräußerten oder Geschädigten zum Widerruf verpflichtet und wird, im Falle einer Vermögensbeschädigung stattgefunden hat, mit einer an den Geschädigten zu erlegenden Geldsumme bis zum Betrage von 5000 Mark bestraft.

Alle Bestimmungen der deutschen Reichs- und Landesgesetze, welche die Veröffentlichung mittels der Presse oder das Pressegewerbe in anderer Weise bedrohen, einschränken oder besteuern, sind aufgehoben.

Referent Marquardsen verzichtet auf jeden einleitenden Vortrag und wird sich darauf beschränken, bei den einzelnen Paragraphen die Motive, welche die Commission geleitet haben, zu entwickeln.

Abg. Wiggers: Der erste Abzug des § 1 der Vorlage ist überflüssig, da in der Überschrift des Gesetzes schon der darin behandelte Gegenstand bezeichnet ist; der zweite aber ist nicht ganz logisch gefasst, denn wenn auch die Regelung der rechtlichen Stellung der Presse die Beschränkungen mit umfaßt, so sind doch diese nicht der Hauptgegenstand des Gesetzes, vielmehr ist dieser die Freiheit der Presse. Nach den Niedrigungen entfällt der § 1 nach den Commissionsbeschlüssen eine Verbesserung, ich empfehle deshalb daher zur Annahme. Da es uns in Deutschland an einer Zusammenfassung der sogenannten Grundrechte fehlt, hält es die Commission für angemessen, die Pressefreiheit, sofort an der Spitze des Entwurfs gewissermaßen als Grundrecht hinzustellen. Was nun den Antrag Hasenclever betrifft, so erklärt mir derselbe mit einem Male die ganze fröhliche und gegenwärtige Politik der Socialdemokraten. Früher verlangten diejenigen einmal unbeschränkte Vereinsfreiheit; ich sehe heute, daß sie diese Freiheit so verstanden, es solle ihnen freistehen, künftig jede Versammlung, die ihnen nicht gefällt, gewaltsam zu sprengen, wie es in Berlin bei ihnen schon thatsächlich Mode geworden ist, und andererseits in ihren Versammlungen offen Verbrechen und Aufruhr zu predigen. Das Gleiche bezwecken sie mit ihrem jetzigen Antrage. Jedes Verbrechen soll ungehindert von der Presse verübt werden dürfen, nur Verleumdung soll ausgenommen sein; — Injurien darf die Presse also Jedermann zufügen; — und auch im Falle einer Verleumdung ist Widerruf die einzige Genugthuung. Das ist ein merkwürdiges Ziel socialistischer Einbildung; dann sollte man doch lieber bald sagen: Verbrechen und Vergehen sind fortan straflos, denn warum soll denn nur die Presse diejenigen straflos begehen dürfen? Möglich, daß die Herren ihren Antrag anders deuten, ich kann ihn unmöglich anders verstehen.

Ich gebe zu, daß über die Abwendung der Verleumdung sich vielleicht andere Gesichtspunkte aufstellen lassen, als die bisher gestanden, aber dafür ist doch hier in diesem Gesetz kein Ort, damit soll man warten bis zu einer Revision des Strafgesetzes. Ein weiteres wichtiges Prinzip sprechen die Herren in ihrem Antrag damit aus, daß sie im ganzen Reiche die Pressefreiheit aufzubauen wollen. Aber es liegt doch in der Natur der Sache, wenn man auch kein Freund der Gewerbesteuer ist, wie ich es selbst nicht bin, daß man nicht einseitig ein Gewerbe von der Steuer befreien kann, während sie für die andern befreit bleibt. Auch in dieser Hinsicht geht also der Antrag Hasenclever weit über den Rahmen des Gesetzes hinaus. Herr Hasenclever sagt neulich, er und seine Freunde seien gewohnt, bisweilen Anträge zu stellen, die vielleicht nicht ganz genau in das betreffende Gesetz passen, weil sie zu sehr in der Minderheit wären und ihnen die nötige Unterstützung verweigert würde, um selbständige Anträge einbringen zu können. Allein in dieser Beziehung müssen sich die Herren eben trüsten, jedenfalls darf das doch kein Grund sein, die Geschäftsordnung zu umgehen. Vielleicht sind die Herren nächstes Mal in größerer Zahl hier, wie dies ja Herr v. Mallinckrodt herzlich wünscht, besonders wenn derselbe seinen großen Einfluß nach dieser Richtung hin verwenden sollte. (Heiterkeit, Beifall.)

Abg. v. Minnigerode: Der § 2 enthält den Grundton des ganzen Gesetzes und ich möchte nicht gern, daß bei diesem Grundton schon ein Mißlang eintrete. Man spricht immer so viel von Grundrechten, ich würde es beut weit angemessener finden, etwas mehr von den Grundpflichten zu reden. Warum will man immer die Presse mit einem gewissen Nimbus umgeben? Die Presse ist im Allgemeinen ein Geschäft wie alle anderen, wird es ehrenhaft betrieben, ein ehrliches Geschäft, wenn nicht, wie das vielfach der Fall ist, ein unrechtmäßiges. Von dem Gesichtspunkt aus stehen meine politischen Freunde und ich genau auf demselben Standpunkt wie das lezte Mal; wir wollen nämlich durchaus nicht, daß für die Presse ein Privileg geschaffen werden soll. Soweit die Presse ein Gewerbe ist, fällt sie unter die allgemeine Gewerbeerörderung, und wenn durch sie Verbrechen und Vergehen begangen werden, dann treten natürlich die geltenden Straf- und Polizeibestimmungen in Kraft. Das Alles scheint mir in der Fassung des § 1 der Regierungsvorlage weit besser ausgedrückt zu sein, als in dem Commissionsbeschuß, ich bitte Sie also, den ersten unverändert anzunehmen.

Abg. Hasselmann: Wir haben unsern Antrag nicht in der Meinung gestellt, daß er hier im Hause durchdringen werde, sondern um den demokratischen Standpunkt zu wahren. Gerade weil wir uns auf den demokratischen Standpunkt stellen (Widerspruch), — ja, gerade wir, die wir nicht wollen, daß ein Mensch durch den anderen ausgebeutet werde, wollen den Rechtsstaat, deshalb wollen wir die Thatsachen der freien Diskussion in Wort und Schrift befähigen, deren Festhaltung zuletzt zur Gewalt führt. Die Julirevolution brach in erster Linie wegen der Presseknebelung aus. Und gerade dieselben Leute hier von der Linken, die, wie der Vorredner, unsere Lehren als lächerlich hinstellen wollen, haben 1848 am allerlaisten für diejenigen Grundfälle gesprochen. In Amerika existirt absolute Pressefreiheit freilich gibt es dort auch keinen Repräsentations- und doch ist die Entwicklung dort mit Ausnahme des Slavenbefreiungskrieges fortwährend eine friedliche und geistige geblieben. Ebenso in England, das Gegen teil war in Frankreich der Fall und die Folge davon sehen Sie klar. Wer hat denn zuerst die Beschränkung der Presse eingeführt? Liberius war's. (Große Heiterkeit.) Gewiss, meine Herren, Liberius in Rom war es, lesen Sie es gefällig in Tacitus nach. Ich erinnere an die Juniusbriefe in England. In welcher wohltätigen Weise haben sie auf das ganze politische Leben eingewirkt. Heute zu Tage würde sie jeder Staatsanwalt unter Anklage stellen und jeder preußische Richter sie verurtheilen. So sehen Sie, daß wir zurücktreten in der Geschichte, wenn wir die Presseknebeln beibehalten, wie sie auch dieser Entwurf noch reichlich enthält. Herr Wiggers wirft uns vor, wir wollten die vollständige Bürgellofreiheit und das Begehen von Verbrechen in der Presse. Das ist aber ein großer Irrthum. Einem Verbrechen muß immer eine Thatsache zu Grunde liegen, auf welchem der Strafrichter ruhen kann. Eine Meinungsfächerung ist aber keine Thatsache. Freilich sind bei uns die Richter sämmtlich in solchen Verhältnissen aufgewachsen, daß sie die Lage der unteren Volksschichten nicht kennen, daß sie derartige Kritiken als eine Zerstörung der bestehenden Ordnung aufzufassen, während die arbeitenden Klassen darin nur eine Vernichtung der bestehenden Unordnung erkennen.

Das Volk, die Arbeiter haben das Recht, daß man nicht blos diejenigen frei sprechen läßt, welche oft genug in ihren Blättern schreiben: Die Socia-

listen sind Räuber, sondern auch die Vertreter der Arbeiter sprechen läßt; gerade die, welche die heutige bestehenden sozialen Zustände aufrecht erhalten wollen, das sind die Räuber, sie begehen in Wahrheit einen Raub an dem arbeitenden Volke. Mitte man mit ungleichem Maße, wie es heut geschieht, die Freiheit der herrschenden Kaste und des arbeitenden Volkes, dann tritt Erbitterung ein, die Leidenschaft läßt die Vernunft nicht zu Worte kommen, und zuletzt werden die ungerechten Thatsachen gewaltsam zerbrochen. Man spricht von einem Missbrauch der Presse, wenn sie Thatsachen angreift, und sodann, wenn sie Personen angreift. Zu dem ersten Falle rede ich im ganzen politischen und Gemeindeleben, hier wollen wir, daß die Presse absolut frei sei. Im zweiten brandt eine Person, die sich einer schlechten That nicht bewußt ist, eine Kritik der Presse nicht zu thunen, nur für eine nachweisbare Beschädigung im Gewerbe oder Vermögen wollen wir eine Geldstrafe. Die Vertreter neuer Ideen wurden stets als Rebellen verächtlich und angeklagt: so Dr. Jacoby, der in der vormaligen Zeit nichts weiter als eine Verfassung wollte; und als Lassalle in einer Versammlung wissenschaftlich begründete Sätze der Philosophie aussprach, wurde er angeklagt und verurtheilt, weil er diese wissenschaftlichen Aussprüche vor Arbeitern ausgesprochen hatte und nicht in einer gelehrt Geellschaft. So wurde nicht der Inhalt der Ansprache, sondern das Publikum, vor dem sie gehabt, verurtheilt. Die Werke Heine's und Freiligrath's können frei in allen Buchhandlungen verkauft werden, aber wenn wir an den glorreichen März 1848 erinnern oder das Gedicht abdrucken: „Die Toten an die Lebendigen“, oder die Heine'schen ähnelnden Worte gegen die herrschenden Zustände, dann werden wir verurtheilt. Halten Sie die Knebelung der freien Presse aufrecht, so erzwingen Sie es mit Nothwendigkeit, daß zuletzt die Gewalt spricht. Diejenigen, welche die Presse knebeln, das sind die Männer des Blutes und des Eisens.

Abg. Schwarze: Ich bin erstaunt, daß man hier gesagt hat, man wolle einen Nimbus um die Freiheit der Presse verbreiten oder nur eine Phrase aussprechen. Die Freiheit der Presse ist mit diesem Gesetz eine Thatsache geworden, denn das Gesetz entbindet die Presse von früheren Beschränkungen. Die Commission ist auch der Meinung, daß die Presse ein Gewerbe sei, die Ausnahmen, die man mit Rückicht auf die Eigentümlichkeit dieses Gewerbes gemacht hat, sind keine Privilegien, sondern vielmehr Einschränkungen. Abg. Schwarze: Ich bin erstaunt, daß man hier gesagt hat, man wolle eine Pressefreiheit verbreiten oder nur eine Phrase aussprechen. Die Freiheit der Presse ist mit diesem Gesetz eine Thatsache geworden, denn das Gesetz entbindet die Presse von früheren Beschränkungen. Die Commission ist auch der Meinung, daß die Presse ein Gewerbe sei, die Ausnahmen, die man mit Rückicht auf die Eigentümlichkeit dieses Gewerbes gemacht hat, sind keine Privilegien, sondern vielmehr Einschränkungen.

Abg. Windthorst: Ich habe nicht die Absicht, die General-Discussion, in welche wir wieder geraten sind (Sehr wahr!), fortzuführen, obgleich eine Entschuldigung in dem Umstande liegt, daß der Antrag des Abg. Hasselmann zugleich mit zur Discussion steht, der als ein ganzes Pressegesetz aufgefaßt werden kann. Jede Partei hat ein Interesse daran, eine freie Presse zu haben, denn keine weiß, wer morgen ein Amt ist. Daraus erklärt sich auch, daß die Commission mehr als andere Commissionen in großer Einstimmigkeit Beschlüsse gefaßt hat. Was den § 1 betrifft, so werde ich für die Vorredner ausdrücken: Die durch diese Eigentümlichkeit nothwendig geworden sind. Den § 1 der Regierungsvorlage kann ich schon aus sprachlichen Gründen nicht annehmen, denn die Ausdrucksweise: „Die rechtliche Stellung der Presse unterliegt nur denjenigen Beschränkungen, welche durch das gegenwärtige Gesetz vorgeschrieben oder zugelassen sind.“ scheint mir sprachlich sich nicht zu rechtfertigen.

Abg. Windthorst: Ich habe nicht die Absicht, die General-Discussion, hier sind bei Berathungen dieser Art die verehrten Herren unsere freundlichen Zuhörer, aber wir hören nicht, wie sie denken. Das ist sehr zu bedauern, insfern nämlich, als es auf die Daner schwierig, ja manchmal unmöglich sein wird, eine Verständ

Der Antrag Hosenleber wird mit allen Stimmen gegen die der Social-Demokraten abgelehnt und § 1 in der Fassung der Commission gegen die Stimmen der Conservativen angenommen.

Die Discussion erstreckt sich nunmehr auf die §§ 2, 3 und 4 der Vorlage, welche laufen:

§ 2. Das gegenwärtige Gesetz findet Anwendung auf alle Erzeugnisse der Buchdruckerpresse, sowie auf alle anderen, durch mechanische oder chemische Mittel bewirkten, zur Verbreitung bestimmten Verlagsfertigungen von Schriften und bildlichen Darstellungen mit oder ohne Schrift, um von Münzalien mit Text oder Erläuterungen. Was im Folgenden von „Druckschriften“ verordnet ist, gilt für alle vorstehend bezeichneten Erzeugnisse.

§ 3. Für den Betrieb der Pressegewerbe sind die Bestimmungen der Gewerbeordnung maßgebend. Von anderen als den hier nach berechtigten Personen dürfen Druckschriften auch dann, wenn ein Gewerbebetrieb nicht beabsichtigt ist, ohne besondere polizeiliche Erlaubnis weder auf Straßen, öffentlichen Plätzen und anderen öffentlichen Orten verkauft, verteilt oder ausgestreut, noch im Umlauf verbreitet werden. Vorstehende Bestimmung findet auf Stimmzettel für öffentliche Wahlen, sofern sie nichts als Zweck, Zeit und Ort der Wahl und Namen der zu wählenden Personen enthalten, keine Anwendung. Die im dritten Absatz des § 143 der Gewerbeordnung erwähnten Verhältnisse treten außer Kraft.

§ 4. Als Verbreitung einer Druckschrift im Sinne dieses Gesetzes gilt auch das Anschlagen, Ausstellen oder Auslegen derselben an Orten, wo sie der Kenntnissnahme durch das Publikum zugänglich sind.

Die Commission hat den § 2 unverändert genehmigt, den § 4 zu § 3 gemacht, dagegen ihrerseits folgende §§ 4 und 5 aufgestellt:

§ 4. Eine Entziehung der Befugnis zum selbstständigen Betriebe irgend eines Pressegewerbes oder sonst zur Herausgabe und zum Vertriebe von Druckschriften, kann weder im administrativen, noch im richterlichen Wege statuieren. Personen, welche das sechzehnte Lebensjahr überschritten haben, und welchen einer der im § 54 der Gewerbeordnung angeführten Gründe nicht entgegen steht, darf der nach § 43 der Gewerbeordnung erforderliche Legitimationsschein nicht versagt werden. Im Uebrigen sind für den Betrieb der Pressegewerbe die Bestimmungen der Gewerbeordnung maßgebend.

§ 5. Die nicht gewerbsmäßige öffentliche Verbreitung von Druckschriften kann durch die Orts-Polizeibehörde denjenigen Personen verboten werden, welchen nach § 57 der Gewerbe-Ordnung ein Legitimationsschein verfugt werden darf. Zuwidderhandlungen gegen ein solches Verbot werden nach § 148 der Gewerbe-Ordnung bestraft.

Abg. Hosenleber und Genossen beantragen, dem Absatz 1 im § 3 der Regierungsvorlage zuzufügen: „Damit die Gewerbetreibenden in ihrer Gemeinschaft keinerlei Schädigung ihres Gewerbes erleiden, darf dem Verleger oder Herausgeber einer periodisch erscheinenden Druckschrift keinerlei Geldunterstützung von Seiten der Reichsregierung oder der Regierungen der einzelnen deutschen Staaten oder irgend einer öffentlichen Behörde gereicht werden.“

Dem § 5 beantragen Hosenleber und Genossen folgende Fassung zu geben: „Die nicht gewerbsmäßige öffentliche Verbreitung von Druckschriften steht bedenkt frei.“

Abg. Reichenperger (Krefeld): Ich will mich zunächst gegen eine Bemerkung des Abgeordneten Wiggers, welcher eine Ausspielung auf die Verbindung der schwarzen und rothen Internationale zu machen sich veranlaßt fand, durch die neulichen Bemerkungen des Herrn v. Mallinckrodt, mich nunmehr es wunder, daß der Herr Abgeordnete damit Verdächtigungen, welche wir in den Replikenblättern finden, zu den seiningen gemacht hat. Im Uebrigen glaube ich nur, daß der § 3 der Regierungsvorlage nicht wird angenommen werden, aber es liegt dazu das Amendum Hosenleber vor, gegen welches ich mich wenden möchte, wenngleich ich bedauere, daß der Antragsteller nicht vor mir zum Wort gekommen ist. Das Amendum scheint mir in seiner formalen Fassung nicht annehmbar, wenngleich seine Tendenz gegen die subventionirte Presse eine richtige ist. Nun meine ich aber, daß es nicht minderlich ist, dem Verleger und Herausgeber in dieser Hinsicht Geld in die Hand zu drücken, sondern vornehmlich, wenn es gegenüber gegeben, welche die Artikel schreiben.“

Es gibt ja ein wahres Heer solcher befördeter Schreiber, welche ganze Parteien nicht nur, sondern auch einzelne, bei den Regierungen mischbare Personen systematisch verdächtigen so lange, bis solche Verdächtigungen allgemein als konventionelle Wahrheit gelten. Weiter möchte ich noch auf einige andere Mittel der Regierungen hinweisen, nämlich Gemeinden zu zwingen, offizielle Zeitungen halten zu müssen, sowie mischbaren Blättern die Interate zu entziehen; ja man geht selbst so weit, daß man disziplinarisch und von Amts wegen gegen einschreitet, welche sich die Gründung neuer, aber vielleicht mischbaren Zeitungen angelegen sein lassen. Ferner will ich noch auf eine Schwach der Presse aufmerksam machen, daß Blätter förmlich angekauft werden von Personen, welche gewisse Zwecke verfolgen, die auf eine Ausbeutung des Publikums gehen (Auf Namens). Ich werde mich wohl hüten, Namen zu nennen, und damit in ein Wespennest zu stechen, es genügt nur auf die Aktionen geschwachten hinzuweisen. Ist aber dies schon öffentlich zu brandmarken, so halte ich es für ganz besonders verderblich, wenn die Staatsregierungen aus öffentlichen Fonds ein ganzes Heer von Delatoren, Anschwärzern, Sophisten und Verdrehern unterhalten; das gehört zu den instrumenten regni, welche schon Tacitus verdammt.

Geh. Rath v. Brauchitsch wandte sich gegen die §§ 4, Al. 2 und 5 der Commissionsvorlage und trat für den § 3 der Regierungsvorlage ein. Namentlich fand er die Möglichkeit der Erteilung eines Legitimationsscheines vom 16. Jahre an nicht gerechtfertigt, weil damit ein Grundsatz der Gewerbeordnung, welche das 21. Jahr verlangt, befehligt würde und wünschte im Uebrigen, daß das Prinzip der Regierungen festgehalten werde, wonach von andern als den nach der Gewerbeordnung berechtigten Personen Druckschriften auch dann, wenn ein Gewerbebetrieb nicht beabsichtigt sei, ohne besondere polizeiliche Erlaubnis öffentlich nicht verkauft, verteilt oder ausgestreut, noch im Umlauf verbreitet werden dürften.

Abg. v. Minnigerode beantragt, statt das „sechzehnte Jahr“ des Commissionsantrages zu sagen „achtzehnte Jahr“.

Darauf wird der Schluß der Discussion angenommen.

Personlich bemerkt:

Abg. Wiggers: Ich muß die Neuherfung des Abg. Reichenperger, als habe ich dem Abg. v. Mallinckrodt eine Verbindung der roten und schwarzen Internationale vorgeworfen, zurückweisen; ich habe nur aus seiner neulichen Neuherfung gefolgert, daß er bei den nächsten Wahlen seinen Einfluß zu Gunsten der Socialdemokraten geltend machen werde. Gegen die weitere Injunction aber, mich mit dem Replikenfond in Verbindung zu bringen, muß ich mich entschieden vertheidigen.

Abg. Hosenleber: Der Abg. Reichenperger bedauert, daß die Antragsteller bei unserem Amendum nicht zu Wort gekommen sind; ich bemerkte dabei, daß ich mich allerdings zum Wort gemeldet hatte.

Abg. Reichenperger: Die Verwahrung des Abg. Wiggers habe ich erwartet; ich habe ihm aber auch gar nicht zugemutet, daß er sich etwa unter den Replikenfond stellen soll.

Abg. v. Mallinckrodt: Ich bin so oft genannt worden, daß ich dem Abg. Wiggers nur erwidern möchte, einmal, daß die künftigen Wahlen jetzt schon zu berühren, wohl nicht recht angezeigt ist, daß ich aber hinsichtlich der letzten Wahlen gern zugestehen will, ich würde mich freutet haben, wenn die Socialdemokraten den Liberalen noch so ein 20 bis 30 Sitze abgegabt hätten.

Bevor zur Abstimmung geschriften wird, erkennst das Haus es als seine Präris an, daß die Beschlüsse der Commission seinen zweiten Berathungen zu Grunde gelegt werden. Der § 3 der Regierungsvorlage, der als solcher von der Commission abgeworfen ist, wenn auch sein Inhalt in den §§ 4 und 5 der Commission anderweitig verarbeitet wiederkehrt, kann also nicht in erster Reihe zur Abstimmung gelangen, folglich auch nicht der Antrag Hosenleber, der formell an § 3 der Regierungsvorlage anknüpft. Da aber die §§ 2—5 nach den Vorschlägen der Commission durchweg genehmigt werden, so gelangt der Antrag Hosenleber überhaupt nicht zur Abstimmung. Der zu § 5 (s. o.) wird mit allen Stimmen gegen die der Socialdemokraten abgelehnt. In § 4 Alin. 2 wird nach v. Minnigerode des 18. statt des 16. Jahres gesetzt.

Um 4½ Uhr vertagt sich das Haus bis Mittwoch 11 Uhr. (Pressejahr, Antrag Völz betr. die Civilehe.)

Berlin, 16. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat folgende Schiefer: den Rittergutsbesitzer Benno von Liers und Wilkau, auf Wilkau, Kreis Schleiden in Schlesien, den Rittergutsbesitzer Bruno Freiherrn von Steinacker, auf Lichtenau bei Lauban, den Hauptmann und Compagnie-Chef im 7. Pommerschen Infanterie-Regiment Nr. 54 Freiherrn v. Poten, den Staatsanwalt Hermann Grafen v. Büdler, zu Ratibor, den Premier-Lieutenant der Reserve des 1. Schlesischen Dragoner-Regiments Nr. 4 Wilhelm Grafen zu Dohna-Rothenau, auf Koblenz, den Hauptmann in der Reserve des 2. Schlesischen Jäger-Bataillons Nr. 6 und Regierung-Affessor v. Frankenberg-Broschütz, zu Breslau, den Rittermeister a. D., Landesstaatsrat und Kreis-Deputierten v. Leebenstein auf Schloß Lohsa, Kreis Hoyerswerda, den Rittmeister und Esc.-Chef im 1. Schlesischen Husaren-Regiment Nr. 4 Victor Grafen von Wartensleben, den Land-

rath Max Grafen Claiton d'Haussonville, auf Kielbisch in Rosenberg in Obercisleien, den Major a. D. von Voos zu Görlitz, den Rittmeister a. D. Arthur von Bastrow auf Schloß Schönberg bei Görlitz, den Prem. Lieutenant a. D. und Rittergutsbesitzer Gustav von Moser auf Holzkirch bei Lauban nach Prüfung derselben durch das Capitel und auf Beschluss des Durchlauchtigsten Herrenmeisters, Prinzen Carl von Preußen, Königliche Hoheit, zu Ehrenrittern des Johanner-Ordens ernannt.

Se. Majestät der König hat dem Geheimen Regierung-Rath Verordnung zu Coblenz den rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife; dem Ober-Bergamt-Sekretär Caspari-Rath Frederick zu Clausfeld; dem Landgerichts-Sekretär Schmidt-Fennig zu Coblenz den rothen Adlerorden vierter Klasse; dem vereidigten Chemiker Dr. phil. Biurek, Dirigenten des Chemischen Instituts in Berlin, den königlichen Kronenorden vierter Klasse, verliehen.

Se. Majestät der König hat das technische Mitglied der Eisenbahn-Direktion zu Kassel, bisherigen Baurath Behrend zum Regierung- und Bau-Rath ernannt und dem bisherigen Eisenbahn-Bauinspector Hermann Oberbeck zu Berlin den Charakter als Baurath verliehen.

[Befannimachung.] Das Reichskanzler-Amt er sieht aus Anfragen, welche ihm in den letzten Tagen zugegangen sind, daß die von dem Bundesrat über die Auferkoursierung der Landesgoldmünzen getroffenen, in der Befannimachung vom 6. December v. J. (R. G. Bl. S. 375) veröffentlichten Bestimmungen vielfach einer irriegen Auffassung unterliegen.

Diese Bestimmungen setzen zwar fest, daß die Landesgoldmünzen vom 1. künftigen Monats ab nicht fernier als gesetzliches Zahlungsmittel gelten, so ordnen aber zugleich an, daß diese Münzen während der drei Monate April, Mai und Juni d. J. von den durch die Landesregierungen dazu bestimmten Kassen sowohl in Zahlung genommen, als auch gegen Reichsgoldmünzen oder Landes Silbermünzen umgewechselt werden.

Es folgt hieraus, daß Ledermann, welcher solche Münzen am 31. d. M. besitzt, noch 3 Monate Zeit hat, um sich derselben zu den in der Befannimachung vom 6. December v. J. bezeichneten Werthen, sei es bei Zahlungen an die Kassen der betreffenden Staaten, sei es durch Umwechselung bei den Kassen zu entäufern. Berlin, den 15. März 1874. Das Reichskanzler-Amt Delbrück.

Dem bisher im technischen Eisenbahn-Bureau des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten angestellte gewesene Baurath Oberbeck ist die Stelle eines technischen Mitgliedes bei dem königlichen Eisenbahn-Commissariate in Berlin verliehen worden. Der bisherige königliche Eisenbahn-Baumeister der Nere in Saarbrücken ist zum königlichen Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspector derselbst befördert worden. Der königliche Eisenbahn-Baumeister Hottenrott zu Elberfeld ist in gleicher Eigenschaft zur Main-Weserbahn nach Frankfurt a. M. versetzt worden. Der königliche Kreis-Baumeister Dannenbergs zu Neidenburg ist in gleicher Eigenschaft nach Heiligenbeil versetzt und demselben die dort neu errichtete Kreis-Baumeisterstelle verliehen worden. Der Baumeister Langbein zu Altenstein ist zum königlichen Kreis-Baumeister ernannt und demselben die neu erzielte Kreis-Baumeisterstelle zu Kassel, Regierungsbezirk Königsberg, verliehen worden. Der bisherige Baumeister Paul Röhnisch zu Kassel ist zum königlichen Kreis-Baumeister ernannt und demselben die neu erzielte Kreis-Baumeisterstelle dort selbst verliehen worden. Der bisherige Baumeister Schattauer zu Königsberg i. Pr. ist als königlicher Kreis-Baumeister in Neidenburg angestellt worden.

Berlin, 16. März. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen auch in den letzverlorenen Tagen die laufenden Vorträge sowie militärische Meldungen entgegen und machten Mittags die gewohnte Szaviersfahrt.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war vorgestern in der 10. Vorlesung des Wissenschaftlichen Vereins anwesend und wohnte gestern dem Gottesdienst in der St. Nikolaikirche bei. Das Familientheater fand bei den Kaiserlichen Majestäten statt.

Ihre Majestät die Kaiserin-Königin war in der Versammlung des Magdalenen-Vereins anwesend.

[Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] nahm am Sonnabend Vormittag militärische Meldungen entgegen. Nachmittags 5 Uhr waren zum Diner bei den höchsten Herrschaften Ihre Hoheiten der Erbprinz, sowie die Prinzessin Marie von Sachsen-Meiningen und Se. Durchlaucht der Fürst Hohenlohe-Langenburg geladen.

Aberends 7 Uhr besuchte Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz mit dem Prinzen Wilhelm, königliche Hoheit, die Vorstellung im Opernhaus.

Gestern früh um 8 Uhr fand in der Hauskapelle des Kronprinzlichen Palais Gottesdienst statt, an welchem Se. Kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz mit Höchsteiner Familie Theil nahm. Um 11½ Uhr wurde der Baurath Professor Adler und um 12 Uhr der Wirkliche Geheime Ober-Regierung-Rath und Director im Reichskanzleramt Etz zu Vorträgen empfangen. Mittags 1 Uhr besuchte Se. Kaiserliche und königliche Hoheit die musikalische Matinee im Opernhaus und begab sich mit Ihrer kaiserlichen und königlichen Hoheit der Kronprinzessin um 5 Uhr zum Familiendiner zu Ihren Majestäten. (Reichsanzeiger.)

= Berlin, 16. März. [Der Nachtragsetat.] — Aus dem Bundestrate. — Dementi. — Der bereits erwähnte Nachtragsetat zu dem Reichshaushalt pro 1874 enthält interessante Erläuterungen zu den einzigen Ausgabenposten. Hierach ergiebt sich u. a., daß es wünschenswerth gewesen, für die deutsche Postfahrt in Wien, welcher ein reichsfürstliches Gebäude nicht zur Verfügung steht, ein solches zu erwerben. Der Versuch, ein solches Gebäude in Wien anzukaufen, hat ausgegeben werden müssen, weil ein solcher Ankauf nur mit verhältnismäßig großen Opfern zu bewerkstelligen sein würde. Es hat daher darauf Bedacht genommen werden müssen, ein passendes Grundstück zu erwerben, um auf demselben ein Postfahrtgebäude zu errichten. Da sich augenblicklich eine günstige Gelegenheit hierzu bietet, so sind 150,000 Thlr. dazu in Ansatz gebracht worden. — Für neue Telegraphen-Anlagen sind 1,000,000 Thlr. gefordert, um mit der Ausführung der für 1875 projectirten Anlagen rechtzeitig beginnen und dieselben innerhalb der hierzu günstigen Jahreszeit vollenden zu können. Soll dies erreicht werden, so müssen die Materialien, namentlich die Telegraphen-Stangen, Isolatoren, Leitungsdraht, Apparate schon im Vorjahr beschafft bzw. fest in Bestellung gegeben und muß deshalb der Geldbedarf für 1875 schon jetzt zur Disposition gestellt werden.

Bezüglich der Forderung von 90,000 Thlr. für die Expedition zur Beobachtung des Venus-Vorüberganges vor der Sonne im Jahre 1874 wird den früheren Erläuterungen hinzugefügt, daß inzwischen definitiv als Stationenpunkte der Expedition bestimmt worden sind: Chéfoo, Mauritius, die Kerguelen-Inseln und die Auckland-Inseln. Die Eigenthümlichkeit des Unternehmens — heißt es weiter — läßt indessen die Höhe der durch dasselbe erwachsenden Kosten auch jetzt nur so weit übersehen, als der Betrag der bis zum Austritt der Rückkehr der einzelnen Expeditionen noch aufzuwendenden Ausgaben vorläufig auf 70,000 Thlr. zu berechnen ist. Hierzu kommen die auf 20,000 Thlr. zu veranschlagenden Kosten der Rückreisen selbst, die zwar erst in das Jahr 1875 fallen, zu denen jedoch die Mittel der Sicherheit halber den Expeditionen im Voraus zur Verfügung zu stellen sind. — Die Denkschrift über die weitere Bewilligung von extraordinairem Kompetenzen an die Besetzungsstruppen in Elsaß-Lothringen vom Jahre 1874 ab beleuchtet eingehend die Theuerungsverhältnisse in den Reichslanden, welche dort unverändert fortbestehen und betont, wie, ohne die bedenklichste Gefährdung der wirtschaftlichen Verhältnisse jener Truppen, es geboten sei, auf längere Zeit hin noch extraordinaire Kompetenzen zu bewilligen. Und zwar werden für das Jahr 1874 folgende Bewilligungen noch für erforderlich erachtet: 1) für die Offiziere und Beamten ein Achtel der bis Ende 1873 gehörten Theuerungs-Zulagen neben dem Friedens-Diensteinkommen, 2) für die Unteroffiziere,

sowie für die verheiratheten Capitulanten des Gemeinenstandes, die für 1873 ihnen bewilligten Zulagen, also auch diejenigen für Frauen und Kinder, 3) für die Unteroffiziere und Mannschaften die Hälfte des bis Ende v. J. extraordinär gewährten Theuerungsbeitrages zur Beschaffung der kleinen Bricolages — Portion mit 7½ Pf. täglich. Hierfür sind im Jahre 1874 noch erforderlich 224,365 Thlr. Für Offiziere und Beamte in Elsaß-Lothringen sollen die außerordentlichen Bewilligungen in diesem Jahre endigen; für die übrigen Unteroffiziere, Mannschaften sc. pro 1875 auf 2/3, pro 1876 auf 1/3 ermäßigt werden und erst mit Ende des letzteren Jahres gänzlich fortfallen. Hierdurch wird pro 1875 noch ein Kosten-aufwand von 231,345 Thlr. und pro 1876 von 508,146 Thlr. erforderlich. Die Beträge für 1875 und 1876 werden in den Etats dieser Jahre in Ansatz gebracht. — Über die gestrige Bundesrathsitzung wird nachträglich bekannt, daß die Berathung über den Entwurf, betreffend die Verstrafung der aus dem Amt entlassenen Kirchendiener noch nicht zum vollen Abschluß gelangt ist, vielmehr Rückfrage und Einholung von Instructionen erforderlich geworden sind. Es ist zur Erledigung dieser Weiterungen eine Plenarsitzung für morgen (Dienstag) in Aussicht genommen. Heute beschäftigen sich die Ausschüsse mit der Angelegenheit der Medicinal-Statistik und dem Berichte der Cholera-Commission, von dessen Ausfall bekanntlich Beschlüsse über das Cholera-Quarantäne-Wesen abhängen sollen. — Die Nachricht, daß der Bischof Raes erkrankt sei, ist ebenso wie die Angabe, daß der Abg. Winterer nach dem Elsaß zurückgekehrt sei, Erfindung. Der Bischof Raes befindet sich vollkommen wohl, und der Abg. Winterer nimmt nach wie vor seinen Sitz im Reichstag ein.

D. R. C. [Weber den Krankheitszustand des Reichskanzlers] können wir heut die erfreuliche Mittheilung machen, daß der leidende Zustand in der Wnnahme begriffen ist. Die Herrenschmerzen haben nachgelassen und in der verlorenen Nacht hatte Fürst Bismarck zum ersten Mal seit Eintritt der Krankheit sich eines längern andauern den Schlafes zu erfreuen. Nur ist es immer noch der Appetit, welcher dem Patienten mangelt; jedoch sollen die Aerzte die bestimmte Hoffnung ausgesprochen haben, daß auch diese Krankheitsercheinung sich binnen Kurzem verlieren werde.

Schwerin, 16. März. [Der Prinz Albrecht von Preußen] ist zum Besuch des großherzoglichen Hofes heute Abend um 7½ Uhr mit Gefolge hier eingetroffen.

Münster, 14. März. [Verurtheilung des Bischofs.] Von dem hiesigen Kreisgericht ist unser Bischof gestern wegen gelegwidriger Anstellung eines Kaplans in Alpen zu 400 Thalern nebst Kosten, event. zu einem Tage Gefängnis für je 5 Thaler verurtheilt worden. Die Strafe war diesmal höher als in früheren Fällen, weil die Anstellung erfolgt war, nachdem die Verurtheilung des Bischofs wegen seines ersten Vergehens gegen die Maigesetze die Rechtskraft erlangt hatte.

Köln, 15. März. [Gehaltssperre.] Die „K. B.“ meldet: Gestern erfolgte von Seiten der hiesigen Strafkasse die Arrestanlage auf das am 1. April fällige Gehalt des Herrn Erzbischofs Paulus Melchers.

Weimar, 12. März. [Volksschulgesetz.] Nächste Woche wird die Berathung des Volksschulgesetzes im Plenum des Landtags beginnen. Der Ausschuss hat den Entwurf sehr wesentlich modifizirt und ist auch in Rücksicht auf die Besoldungen der Lehrer erheblich weiter gegangen, so daß ein Mehr von etwa 20,000 Thlr. und darüber erforderlich wird. Wenn das Schulgesetz verabschiedet und der Etat vereinbart ist, wird der Landtag geschlossen und dann im Herbst zu außerordentlicher Session wieder berufen, um hauptsächlich die neue Gemeinde-Ordnung und das Wahlgesetz zu berathen.

♀ Meß, 14. März. [Die Censur der französischen Zeitungen. — Geistliche vor dem Zuchtpolizeigericht.] Seitdem die in Elsaß-Lothringen gültigen französischen Bestimmungen über die Zulassung ausländischer Zeitschriften auf die französischen Zeitungen Anwendung finden, können die hiesigen französischen Blätter nicht genug Briefe veröffentlichten, die ihnen aus Lothringen und namentlich aus Metz zugehen und worin über die durch jene Maßreg

## Russland.

E. St. Petersburg, 12. März. [Vereine der Deutschen.]

— Die altkatholische Bewegung.] Auch in diesem Jahre wird der Geburtstag des deutschen Kaisers hier und in Moskau, wahrscheinlich auch wieder in Odessa, von der deutschen Colonie durch ein Festbanket gefeiert werden. In Moskau knüpft man daran die Erwartung, der unter der Alegide des dertigen deutschen Consuls gebildete Festanschluß werde die Gelegenheit benutzen, um die Bildung eines deutschen Vereins ins Leben zu rufen, der in dem Rahmen der Gesellschaft einen Mittelpunkt für einen engeren freundschaftlichen Verkehr der Landsleute unter sich zu bilden geeignet wäre.

Das Bedürfnis sei ein allgemein gefühltes, um so mehr, als der sog. „Deutsche“ Club in den letzten Jahren sowohl hinsichtlich der Staatszugehörigkeit seiner Mitglieder als auch seines Verhaltens den Namen zu rechtfertigen aufgehört habe. Man hegt in Moskau also dasselbe Bedürfnis und dieselben Wünsche, welche die hiesige Colonie bereits vor 2 Jahren öffentlich zum Ausdruck brachte. Der damals in allgemeiner Versammlung der Angehörigen des deutschen Reichs gewählte Ausschuss hat es sich seitdem auf alle Weise angelegen sein lassen, die ihm gestellte Aufgabe zu lösen, die Bestätigung des beabsichtigten Vereins auf Grund der gutgeheissenen Statuten seitens des Ministeriums des Innern zu erwirken. Als der Ausschuss am 20. Mai 1872 sein erstes dahingehendes Gesuch einreichte, hoffte er trotz der bereits in der Presse unternommenen Verdächtigungsversuche seines durchaus gesetzlichen, lauter und offenen Unternehmens auf die nachgesuchte Genehmigung. Was man zu gründen bezweckte, war nichts anderes, als was in vielen außerdeutschen Städten bereits bestand: einen Verein zur Förderung aller Lebensinteressen der Angehörigen des deutschen Reichs, zur Pflege der Gesellschaft, zur Pflege von Kunst und Wissenschaft und zu Unterstützungen durch Nach und That. Die deutsche Botschaft wie das deutsche Consulat haben wiederholt erklärt, daß sie dem Unternehmen ihre volle Sympathie schenken. Seitdem sind zwei Jahre verflossen. Der Ausschuss hat durch einen Abgeordneten mit dem Minister des Innern konferirt, der deutsche Botschafter hat sich wiederholt bei demselben privatim für die Sache verwendet, das erste Bestätigungsgebot ist inzwischen drei Mal wiederholt worden, zuletzt am 9. Januar d. J. Vor einem Jahre hat sich der Minister des Innern privatim dahin ausgesprochen, daß er im Prinzip nichts gegen das Project habe, daß man jedoch noch etwas warten möchte, bis der geeignete Zeitpunkt gekommen zu sein scheine. Da die danach eingereichten beiden Gesuche unbeantwortet geblieben sind, so ist es Allen die sich für die Sache interessirt haben, nunmehr zur Überzeugung gelangt, daß dieser Zeitpunkt wohl nicht kommen wird. Die Hoffnungen auf das Zustandekommen eines gesetzlichen und nützlichen Unternehmens, durch welches einem allgemein gefühlten Bedürfnis der deutschen Colonie abgeholfen werden sollte, sind geschwunden. Die Eingeweihten vermögen daher auch den gleichen Hoffnungen der Moskauer Landsleute nicht ein besseres Geschick vorauszusagen, so sehr sie es ihnen auch wünschen. — Seitdem die altkatholische Bewegung bestand gewonnen, begannen die Führer der russischen orthodoxen Kirche und Gemeinde bekanntlich den Gedanken einer Vereinigung der griechischen Kirche mit den Altkatoliken zu verfolgen. Besonders ist die St. Petersburger Abteilung der Gesellschaft der Freunde geistlicher Auflösung in diesem Sinne thätig gewesen. Hervorragende Vertreter der griechischen Kirche haben den Altkatoliken-Tagen beigewohnt und für die Idee der Vereinigung gewirkt. Die obengenannte Gesellschaft hat der eingesetzten Altkatoliken-Commission für die Vereinigung der christlichen Kirchen eine Grundlage zur Verständigung und ein Schema der streitigen Punkte übersendet. Darauf ist nun eine in den freundschaftlichsten Ausdrücken gehaltene Antwort des Professor Langen, des Vorsitzenden jener Commission, hier eingetroffen, welche die Grundlage zur Verständigung ohne Bedenken annimmt und die Hoffnung auf Errreichung des gemeinschaftlichen Ziels ausspricht. — Die von den Erzpriestern der Eparchien und von den geistlichen Consistorien über das Project der Reform der geistlichen Gerichtsbarkeit eingeforderten Meinungsäußerungen sind bereits ziemlich zahlreich eingegangen. Während, wie verlautet, die geistlichen Consistorien mit wenigen Ausnahmen der Reform günstig gesinnt sind, sprechen sich die Erzpriester fast einstimmig gegen dieselbe aus.

## Provinzial - Zeitung.

Breslau, 16. März. [Freireligiöse Gemeinde.] Der März bringt unter anderen Erinnerungsfesten auch den Gedächtnistag der Stiftung, oder vielmehr der ersten öffentlichen Erbauung der ersten christkatholischen Gemeinde unserer Stadt, (den 9. d. Mts.) der von unserer freireligiösen Gemeinde, ohne sich ängstlich an das Datum jener Erinnerungsfeier zu halten, meistens am dem zunächstliegenden Sonntag vor oder nachher in doppelter, in religiöser und geselliger Weise begangen wird. In der gestern Vormittag festgesetzten religiösen Feierbaudung in der Gemeindeshalle hatte der gegenwärtige Vorsitzende der Gemeinde, Herr Eisenbahn-Secretair Kimpler, den Vortrag übernommen, nachdem mehrere Einladungen an andere anständige Sprecher, wie Dr. Baltzer in Nordhausen, Schaefer und Wislicenus in Berlin u. a. an der Concurrenz anderer Gemeinden die ihr Stiftungsfest in diesem Monat begehen und anderer Hindernisse gezeichnet waren, unserer eigener Sprecher, Herr Hofferichter, sich aber noch immer nicht so frühzeitig fühlte, um sein Amt wieder vollständig vertreten zu können. Am Abend stand die gesellige Feier unter zahlreicher Beteiligung aus der Gemeinde und von Glühungsgenossen im Saale des „Vereinshauses“ auf der Neuen Gasse 8 statt. Sie wurde gegen 8 Uhr von dem Gemeindesänger mit einem Eröffnungsgedicht eröffnet, worauf Herr Mechanikus R. Thomas einen an Herrn Hofferichter „Freie Worte“ anlehnden Prolog, der die Bedeutung der Reformation des 19. Jahrhunderts poetisch feierte, sprach. Noch abermaligem Gesang der Gemeindelieder unter Leitung ihres Dirigenten des Vorstands-Mitgliedes, Herrn Buchhalter Pavel, trat Herr Redacteur Ph. Krabs an den Rednerstuhl um die Erinnerungen und Aussichten der Gemeinde zu beleuchten. Er konnte nicht verbreitigen, daß die Gemeinde in der letzten Zeit den Mangel eines Sprechers schmerlich empfunden habe, da Herrn Hofferichter sein Gehörheitszustand noch immer an der Ausübung jenes Amtes hindere. Er sprach die Hoffnung auf baldige Herstellung des beliebten Sprechers aus, wies dann auf die Fortschritte hin, die die freireligiösen Ideen in dem letzten Jahre gemacht haben, z. B. die Erlangung der so lange vergebens erstreuten Civilrechte. Im Laufe des Abends ergriß dann Herr Hofferichter selbst, getrieben von dem unüberwindlichen Drange sich auszusprechen, das Wort, indem er auf die Jahre der Gemeinde zurückging, in welchen die Gegner der Reformideen im Bunde mit der damals reaktionären Regierung alle Mittel versucht haben, die Gemeinden tot zu machen, aber trotz allem ihren Zweck nicht erreicht haben, weil gerade die freien Gemeinden die Wissenschaft mit dem Leben vermittelten, und ein wesentlicher Factor der sittlichen Entwicklung des Volks sind. Er brachte zum Schluß den freien Gemeinden auswärts ein Hoch! Hierauf las eine junge Dame aus der Gemeinde einige von ihr verfaßte auf das Stiftungsfest bezügliche biblischen und gedankenreichen Verse vor, die allgemeinen Beiall fanden. Von ferneren Reden haben wir noch Herrn Frost, den stellvertretenden Vorsitzenden der Gemeinde, hervor, der der hiesigen Gemeinde, als deren „eigenlichen Geburtstagskind“, ein Hoch brachte, ißherrn stud. Vogtherr, der dem Reformwerk die als so nötig empfundene Mitwirkung der Jugend zusicherte u. c. Zwischen den Reden wurden allgemeine Läsflieder, von den Herren Frost und Literat Krause verfaßt, gesungen, und verführte auch der Sängerchor das Fest durch mehrere Einlagen, so daß die Erinnerung an dasselbe den Mitgliedern für immer eine angenehme bleiben wird.

[Geburten und Mortalität.] Im Laufe der letzterverflossenen Woche sind hierorts polizeilich angemeldet worden: als geboren 97 Kinder männlichen und 89 Kinder weiblichen Geschlechts, zusammen 186 Kinder, davon 26 außerehelich; als gestorben 82 männliche und 74 weibliche, zusammen 156 Personen incl. 8 todgeborener Kinder.

B. Wittenbrunn, 15. März. [Tages-Chronik.] Wer den Eingang in unser schönes Thal über Göltzendorf gewählt und beim Verlassen seiner Schlucht noch lange in dem Entzücken, den ihm das so plötzlich auftauchende, amphitheatralisch aufgebauete Hochgebirge gewährt schweltete, wurde, sobald er unsrigen Mühlplatz erreichte, mangenvollem von dem dasselbe zierende, so monstrosen Bauwerk, mit seinem hoch in die Lüfte ragenden alten Schindeldach, im Gegensatz zu dem, was die Natur geschaffen, unangenehm berührte, daß blos sein Jahrhunderte zählendes Alter verschönern konnte. Dieses demostrete grau Haupt ist endlich auch der Neuzeit und seiner Forderung zum Opfer gefallen, indem eine mit den bekannten „Kreuzigung“ eng verflochtenen Persönlichkeit daran der Gegenstand einer für die Folge gut auszubedienten Speculation zu finden geglaubt, die Mühle mit ihren Pertinenzen also für schweres Geld erworben und eine moderne, industrielle, der Umgebung zur großen Zier gereichenden Anlage daraus geschaffen hat. — Der Winter übt trotz der schon ziemlich vorgeschrittenen Jahreszeit noch immer seine volle Gewalt aus, des Tages über erfreuen wir uns allerdings, aber nur bei schneidendem Nordost, ziemlich heiterer Witterung, dagegen des Nachts hindurch herrscht bittere Kälte, so daß wir des Morgens regelrecht unsere Fenster durch die schönsten Eisblumen graphisch verziert finden, ja seit 2 Tagen die ganze Natur sich in ihr starres Leidenschaft wieder eingehüllt hat. — Da durch die neue Gemeinde-Ordnung unserer Scholen-Almt, weil der bisherige Inhaber desselben auf den kürzlichen Stuhl eines stellvertretenden Amts-Verwalters gehoben worden, zur Erledigung gekommen ist, so war diese Woche die Neuwahl dafür, so wie die dreier Schöffen ausgeschrieben, aus der als Drärtischer Herr Hutmacher Windeler und als Schöffen Herr Kaufmann Fränkel, Hausbesitzer Festräum und Bauer-gutsbesitzer Besser herborgegangen sind.

s. Waldenburg, 16. März. [Den Brandwunden erlegen.] Am 28. Februar führte ein Bergmann aus Altmässer, wie bereits genannt worden, in seiner Wohnung eine Explosion dadurch herbei, daß er bei Licht Pulver siegte. Es kann jetzt weiter berichtet werden, daß die Brandwunden, welche wohlb der Bergmann als dessen Chef und Quartiermädchen durch die Explosion erlitten, den Tod dieser drei Personen zur Folge gehabt haben. — Gleicher Schicksal hat der Maidinenwärter in der Bormwitzhütte zu Hermisdorf gehabt, welcher in vergangener Woche bei dem Reinigen des Kessels mit heißem Wasser verbrüht wurde; auch er ist seinen Brandwunden erlegen.

J. P. Glas, 15. März. [In der letzten Sitzung des Kreistages] rief die Frage: nach welchem Maßstabe die Kreis-Abgaben zu verteilen seien, eine lange und interessante Debatte herbor. Der Kreis-Ausschuss hatte unter Bezugnahme auf § 119 der Kreis-Ordnung folgenden Vorschlag gemacht: „Die Verteilung aller Kreis-Abgaben erfolgt nach dem Verhältnis der von den Kreisangehörigen für das Vorjahr entrichteten directen Staatssteuern ausschließlich der Haushaltsteuer mit der Maßgabe, daß der Königliche Forstfiscus in Gemäßheit des § 14 Nr. 3 der Kreis-Ordnung statt mit der einfachen mit der 1½ fachen Grund- und Gebäudesteuer herangezogen wird.“ Bisher wurden die Kreisabgaben nach den directen Steuern exkl. der Gewerbesteuer eingehoben, nur bei Auschreibungen der Kreiswegbaupauschalder kam die Gewerbesteuer mit zur Berechnung. Der Kreisausschuss war zur Überzeugung gekommen, daß sich auch für die Folge der vorgebrachte Verteilungs-Maßstab als der gerechte empfiehlt. Von einigen Abgeordneten wurde jedoch eingewendet, daß die seitherigen Classensteuersätze durch die neue Einschätzung bestigt worden, während von Anderen geltend gemacht wurde, daß die neuen Einschätzungen noch gar keinen sicheren Anhalt, wenigstens nicht für dieses Jahr gewährten und man nur nach festen Zahlen rechnen könne. Sodann führte Herr Bürgermeister Stuschke aus, daß die Gewerbesteuer, die überhaupt ein Unding sei, gar nicht in Betracht gezogen werden könne, weil doch die Städte unverhältnismäßig zu viel würden beitragen müssten; sei jedoch gedachte Steuer durchaus nicht zu umgehen, so dürfte sie doch nur mit einem geringen Procentsatz in Berechnung gestellt werden. Endlich wurde noch verlangt, daß auch diejenigen Haushaltungen, welche bei der Einschätzung zur Classensteuer frei gelassen werden, mit zu den Kreisabgaben heranzuziehen seien, einmal, weil dies gegenüber den steuerpflichtigen Kreisangehörigen und in Abrechnung ihres Mitgenusses aller Kreiswohnländern gerechtfertigt sei, sodann aber auch, um ihr Interesse an der Kreisverwaltung rege zu halten. Hierauf wurde nun beschlossen: „Die Verteilung aller Kreis-Abgaben erfolgt nach Verhältnis der von den Kreisangehörigen für das Vorjahr entrichteten directen Staatssteuern exkl. der Haushaltsteuer mit der Maßgabe, daß der Königliche Forstfiscus mit der 1½ fachen Grund- und Gebäudesteuer herangezogen wird, die Gewerbesteuer einzuhoben, nur bei Auschreibungen der Kreiswegbaupauschalder mit zur Berechnung. Der Kreisausschuss war zur Überzeugung gekommen, daß sich auch für die Folge der vorgebrachte Verteilungs-Maßstab als der gerechte empfiehlt. Von einigen Abgeordneten wurde jedoch eingewendet, daß die seitherigen Classensteuersätze durch die neue Einschätzung bestigt worden, während von Anderen geltend gemacht wurde, daß die neuen Einschätzungen noch gar keinen sicheren Anhalt, wenigstens nicht für dieses Jahr gewährten und man nur nach festen Zahlen rechnen könne. Sodann führte Herr Bürgermeister Stuschke aus, daß die Gewerbesteuer, die überhaupt ein Unding sei, gar nicht in Betracht gezogen werden können, weil doch die Städte unverhältnismäßig zu viel würden beitragen müssten; sei jedoch gedachte Steuer durchaus nicht zu umgehen, so dürfte sie doch nur mit einem geringen Procentsatz in Berechnung gestellt werden. Endlich wurde noch verlangt, daß auch diejenigen Haushaltungen, welche bei der Einschätzung zur Classensteuer frei gelassen werden, mit zu den Kreisabgaben heranzuziehen seien, einmal, weil dies gegenüber den steuerpflichtigen Kreisangehörigen und in Abrechnung ihres Mitgenusses aller Kreiswohnländern gerechtfertigt sei, sodann aber auch, um ihr Interesse an der Kreisverwaltung rege zu halten. Hierauf wurde nun beschlossen: „Die Verteilung aller Kreis-Abgaben erfolgt nach Verhältnis der von den Kreisangehörigen für das Vorjahr entrichteten directen Staatssteuern exkl. der Haushaltsteuer mit der Maßgabe, daß der Königliche Forstfiscus mit der 1½ fachen Grund- und Gebäudesteuer herangezogen wird, die Gewerbesteuer einzuhoben, nur mit 50 % und von jeder klassensteuerfreien Haushaltung nur 15 Sgr. zur Berechnung kommen dürfen.“ — Der in vergangener Woche hier abgeholte Fahrmarkt war des schlechten Wetters wegen nur von sehr wenigen Käufern besucht. — Seit 14 Tagen gibt hier die Ton-deur'sche Schauspieler Gesellschaft Vorstellungen, die meist recht zahlreich besucht werden, teilweise auch eine günstige Aufnahme finden, besonders dann, wenn gebiegene Stücke zur Aufführung gelangen und Gäste aus Breslau mit ihren künstlerischen Leistungen uns erfreuen. So erntete namentlich Fräulein Schwarzemberger in den letzten Tagen reichen Beifall. — Gestern früh 6 Uhr zeigte hier das Thermometer 11° Grad Kälte, heut nur 1° Grad Kälte, dagegen haben wir unausgesetzten Schneefall und damit die schönen Schlittenbahnen zu registrieren. Der Schnee liegt bereits über einen Fuß hoch.

○ Trebnitz, 15. März. [Bur. Tageschronik.] Durch das am 13en d. M. erfolgte Ableben des Schornsteinfegermeisters und Gasthofbesitzers Herrn A. Härtle hat unser Stadt einen ihrer tüchtigsten und bewährtesten Bürger verloren. Seit dem Jahre 1824 Trebnitz angehörend, war der Daingeriede seit 1839 ununterbrochen ein durchaus schätzenswerthes, sehr brauchbares Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung, ja durch viele Jahre hindurch erster Vorsteher derselben. Als Mitglied der Bau- und Schul-Deputation, des Kreistages u. c. hat der Einschlägige wesentliche Dienste und wie rühmlich er sich zum Desteren von den hier und auf dem Lande ausgetriebenen Feuersgefahren als der Unerwähnliche und Helfende hergehoben, dafür spricht lebhaft die ihm schon vor vielen Jahren von Sr. Majestät dem Könige gewordene Auszeichnung. Der hiesige seit 11 Jahren bestehende Vorsthubverein verliert in dem Vorstehen seinen Begründer und seitherigen Vorsteher. Auch in diesem Jahre erhalten 18 recht bedürftige Veteranen aus dem Kreis-Bevölkerungs-Commissariat der National-Denk-Stiftung für Veteranen des hiesigen Kreises, aus Anlaß der Geburtstagsfeier Sr. Majestät des Kaisers und Königs, als Crat für die jetzt übliche Bewirthung ein Jeder 10 Sgr.; außerdem ein leinenes Hemd, ein Paar lange, wollene Strümpfe, ein Brot, 2 Pfund rohes Schweinefleisch — 1 Pfund Fleis, 4 Mezen Erbsen, 1 Bäckchen Tabak und — eine Gypsperle. Gleichzeitig erhalten noch 12 Veteranen aus der Geheimrath von Löbbecke'schen Stiftung ein Jeder 6 Thlr. — Im Laufe der vorigen Woche wurde der zur 4. Stelle an die hiesige kathol. Stadtschule berufene Lehrer Kalischke durch den Kreis-Schulen-Inspector Seidel in sein Amt eingeführt und vereidet. — Der Credit-Verein zu Heidewilken hiesigen Kreises (eingetragene Genossenschaft) hat, wie wir dem Jahresberichte pro 1873 entnehmen, sein 5. Geschäftsjahr abgeschlossen. Demnach zählt der Verein 446 Mitglieder. Der Gesamt-Umlauf betrug an Einnahme 531,760 Thlr.; an Ausgabe 580,896 Thlr., in Summa also 1,062,656 Thlr. — Die Dividende für dividendenberechtigtes Mitglieder-Guthaben von 10,267 Thlr. à 10 p. cent = 1026 Thlr. — An Vorschüssen wurden incl. Prolongation 397,676 Thlr. gewährt, während 296,782 Thlr. zurückgezahlt wurden. In freimülligen Spareinlagen verblieben 59,899 Thlr. — In verlosterer Nacht hatten wir recht bedeutenden Schneefall und augenblicklich tanzeln die Schneeflocken in so dichter Menge zur Erde nieder, daß es wirklich den Antheim gewinnt, als ob wir noch ein Mal Schlitten fahren sollten. — Besser nicht!

4 Dels, 15. März. [Bur. Schule.] Heute hat Herr Rabbiner Dr. Cohn in Folge seines jüngst erneuerten Gesuches bei dem Provincial-Schul-Collegium ein Recript erhalten, in welchem genehmigt wird, daß er am hiesigen Gymnasium bei Feststellung der Censuren für die in dem Lehrgegenstande der Religion von ihm unterrichteten jüdischen Schüler zugezogen und daß sein Urteil über Fleisch, Färschritte und Führung derselben in ihre Censuren aufgenommen werde. In gedachtem Recript der Königlichen Schulbehörde wird ausdrücklich noch benannt, daß Dr. Cohn die betreffenden Censuren an letzter Stelle mit der Bezeichnung als „jüdischer Religionslehrer“ mit zu unterschreiben hat.

= O- Creuzburg D. 15. März. [B. Pestalozzi-Concert.] Gestern hat hier zum Besten des Pestalozzi-Vereins ein Concert stattgefunden. Es übernahmen im ersten Theile Frau Mühlens-Director Bräger mit Herrn Cantor Otsch die 4-händig Duetten, Fräulein Günther ein Sopran-Solo, Herr Kaplan Lissel ein Violin-Solo, Herr Cantor Knobloch aus Namslau und Herr Lehrer Pitsch aus Breslau ein Duett für Tenor und Bass, Herr Kaufmann Meywald ein Flügel-Solo und Fräulein Herrmann ein Sopran-Solo. Sämtliche Piecen sind gut executirt und mit Beifall aufgenommen worden. Die „Glocke“, deren Aufführung den ganzen zweiten Theil ausfüllte, wurde präcis ausgeführt, und es muß sowohl dem Dirigenten, Herrn Lehrer und Organisten Mühlle, als auch dem von ihm geleiteten Chor für gemischten Chor die volle Anerkennung zufallen. Die Brutto-Einnahme dieses Concerts betrug 55½ Thlr.

## Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

März 16. 17.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morg. 6 U.
Aufdruck bei 0° .....	335°/13	333°/36	334°/38
Aufdruck .....	+ 1°/1	- 0°/1	+ 2°/1
Dunstdruck .....	1°/79	1°/78	2°/41
Dunsthäufigkeit .....	81 pcf.	90 pcf.	100 pcf.
Wind .....	W. 1	SE. 1	W. 2
Weiter .....	wolzig.	trübe.	bedeckt.

Breslau, 17. März. [Wasserstand.] D. B. 4 M. 86 Em. U.-V. — M. 24 Em.

Berlin, 16. März. Der gestrige Privatverkehr litt anfangs durch starkes Angebot, dann wurde die Stimmung beruhigter, für Eisenbahngüter fehlten Abgeber, Creditactien 137½—136½—137 bez. u. Cd. Lombarden 89½—88½—89 bez. u. Cd. Franzosen 193¼—192½—193½ bez. u. Cd. Silberrente ult. 66½ bez. Papierrente ult. 62½ bez. Galizien 104 bez. Wiener Comunal-Anleihe 91½ bez. u. Cd. Italiener 61½ bez. Cd. Türk. 40% bez. Rumänien 42—43—42 bez. u. Cd. Rheinische 131—131½ bez. u. Cd. Köln-Mündener 131½—131 bez. u. Cd. Bergisch-Märkische 94½ bez. u. Cd. Disconto-Commandit 155—154—155 bez. u. Cd. Laurahütte 162 bis 164½ bez. Dortmund Union 57—59 bez.

Die Nachricht aus Wien über die Zahlungsstockung eines dortigen größeren Hauses gab der Unschlüssigkeit unserer Börse auf speculativem Gebiete bessere Nahrung. Unter allerhand Schwankungen bewegten sich Österreichische Credit noch unter der Notiz des gestrigen Privatverkehrs, sie hielten zeitweise nicht einmal 136, schlossen indeß etwa ½—¾ darüber zu dem Preise, den sie auch in Höhe der Geschäftsstunden vorübergehend erzielt hatten. Franzosen behaupten ich ziemlich gut u. zogen selbst um ½ Thaler gegen gestern an, während Lombarden nicht die höhere Notiz des Sonntags beizubehalten vermochten. Dem Geschäftswerth fehlte es übrigens an Wärme, es machten sich die Abschlüsse träge und ob je jeden besondern Cijer. Nur für die schweren Bahngüter war anfangs ein solcher zu bemerken, der denn auch den Coursstand der rheinisch-westl. Deutschen abermals hob; während indeß gestern Abgeber vollständig zu Achthundt wurden, fanden sich solche nach der weiteren Erhöhung ziemlich reichlich, so daß die höchsten Cours durch diese Willigkeit Einschüsse erlitten. Bankpapiere waren ohne Beachtung und nicht selten auch im Preise etwas gedrückter, dagegen hatte sich für Montauwerthe wieder mehr Neigung eingefunden. — Zu dem Specieller übergehend, bemerken wir, daß die Österreichischen Nebenbahnen im Allgemeinen wenig fest waren. Galizien und Österreichische Nordwestbahn behaupteten sich jedoch mit ziemlicher Fertigkeit, Dur-Bodenbacher zeigte sich vorzugsweise matt. Auch die Österr. Renten litten unter Verlustmäßigung und fühlte es ihnen an Kauflust, dagegen lassen sich Italiener als beliebter, Türke und Amerikaner als fest bezeichneten sehr still blieben russische Bonds. Am Prioritätenmarkt wie bei deutschen und preußischen Bonds herrschte auch besonders der Börsenmarkt der Coursen gehoben indeß zu den Ausnahmen. Von Eisenbahnen traten Rheinische, Köln-Mündener und Bergische besonders hervor

Juli-August 23 Uhr. 12-9 Sgr. bez., per August-September 23 Uhr. 12-11 Sgr. bez., pr. September-October - Uhr. - Sgr. bez. - Gekündigt - Liter. Kündigungspreis - Uhr. - Sgr.

**Frankfurt a. O.**, 16. März. [Meßbericht 7.] Berliner Shawls und Tücher. Dieser sonst so gesuchte und absatzfähige Artikel war diesmal, wie es bis jetzt selten vorgelommen, vernachlässigt. Wenn auch im Allgemeinen die vorgerückte Saison sonst so manche Kauflust zur Geltung kam, schien es, da auch für diesen Artikel Grossisten fehlten, daß durch die außerordentlichen Erfüllungen der finanziellen Unternehmungen und das damit verbundene Nachlassen des Verkehrs die Spekulation für Waren vorläufig jetzt aufgehört hat, wodurch sich das Geschäft auf die unerquickliche Weise gestaltete. Neues war wenig am Platze, da Fabrikanten schon vorher die Überzeugung in sich trugen, daß in Folge der obwaltenden Geldverhältnisse namentlich in Kururstädtern wenig per Kasse zu verkaufen sein wird. Die anwesenden Detailisten kaufsten je nach Bedarf und gaben Hoffnung auf Nachbestellungen. Himalaya-Shawls in gestreift und schönen Mängeln waren trotzdem gesucht, so daß die vorhandenen Bestände bald gelöscht waren. Große Herren- und Damen-Reisedecken mit Rippstreifen in gut gearbeiteter Ware und echten Farben erzielten immer noch einen zufriedenstellenden Umsatz. Rein wollene klein carrierte Tücher in 14-12, 10-8 und 7/4 fanden zu civilen Preisen ziemlichen Verkehr. Long-Shawls im Preise von 8-10, 12, 14-16 Uhr. pr. Stück sind trotz des mühslichen Verkehrs vielfach von Zwischenhändlern für das Hausratgeschäft gekauft worden und haben alle guten Abzüge erzielt, obgleich im Großen sehr wenig Nouveautés mit neuer Zeichnung vorhanden waren. Chimborasso's in gestreift, carriert schön und gehäckseln Wollstücher sind in guten Qualitäten beliebt geblieben. Die anwesenden Einkäufer waren größtentheils Detailisten und nach den schlechten Aussichten zu urtheilen, welche wir schon vor dem Beginn der Messe hegten, hat sich der Verkehr immer noch besser gestaltet als wir gedacht hatten. *Julius Kornick.*

**Nürnberg**, 14. März. [Hopfenbericht.] Im Laufe des letzten Donnerstags hat sich das Geschäft noch mehr entwidelt und den Umsatz auf 150 Ballen gesteigert. Die Preise sind seitdem die gleichen geblieben; man bezahlte gute Hallertauer zu 50-54 fl., Kleingefüllen in Ausföhlung bis 58 und 60 fl., do. Mittel zu 42-45 fl., gute Würtemberger 45-50 fl., geringere zu 40-42 fl., do. Tertia zu 36-39 fl. und gestern wurden wieder 40-50 Ballen übernommen. Der heutige Markt schließt mit stiller Tendenz und wenigen Abschlägen, welche kaum 30 Ballen bezeichnen und die notirten Preise nachweisen: Marktwärme Prima fehlen 42-48 fl., do. Secunda 38-40 fl., do. Tertia 33-35 fl., Spalter Stadt dorthin 100-105 fl., do. Land schwere Lage 80-100 fl., Würtemberger Prima 45-50 fl., do. Secunda 38-42 fl., Hersbrucker Gebrüderhopfen 42-48 fl., do. Secunda 36-40 fl., Hollertauer Prima 50-56 fl., do. Secunda 42-48 fl., do. Tertia 36-38 fl., Elsässer Prima 46-50 fl., do. Secunda 38-42 fl.

**London**, 15. März. [Kaffee.] Dem „Reuter'schen Bureau“ aus Rio de Janeiro vom 22. Februar pr. Dampfer „Senegal“ zugegangene Berichte melden: Courses auf London 26 1/2 D., auf Hamburg - Preis für Kaffee good first 11,600 Reis. Verkauft seit Abgang letzter Post 78,000, Total-Export seit letzter Post 77,500 Sac. Davon nach dem Kanal 3000, nach Nordeuropa 27,500, nach dem Mittelmeer 12,000, nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika 34,750, nach anderen Häfen 250 Sac. Vorrath 194,000 Sac. Fracht nach dem Kanal 32 1/2 Sh.

# **Breslau**, 17. März, 9 1/2 Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war sehr ruhig, bei mäßigen Zufuhren und unveränderten Preisen. Weizen, hohe Forderungen erschwerten den Umsatz, pr. 100 Kilogr. schleicher weißer 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr., gelber 8 1/2 bis 8 3/4 Uhr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen in matter Haltung, pr. 100 Kilogr. 6 1/2 bis 7 Uhr., feinste Sorte 7 1/2 Uhr. bezahlt.

Gerste schwach preishaltend, pr. 100 Kilogr. 6 1/2 - 6 3/4 Uhr., weiße 7 1/2 bis 7 3/4 Uhr. bezahlt.

Hafner mehr offerirt, pr. 100 Kilogr. 6 1/2 bis 6 3/4 Uhr., feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Erbissen gute Kauflust, pr. 100 Kilogr. 6 bis 6 1/2 Uhr.

Widem matter, pr. 100 Kilogr. 5 1/2 bis 6 Uhr.

Lupinen unverändert, pr. 100 Kilogr. gelbe 5 bis 5 1/2 Uhr., blaue 4 1/2 bis 5 1/2 Uhr.

Bohnen mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 6 1/2 bis 7 1/2 Uhr.

Mais ohne Umsatz, pr. 100 Kilogr. 5 1/2 bis 6 1/2 Uhr.

Delfasaten wenig verändert.

Schlaglein gut gefragt.

Per 100 Kilogramm netto in Uhr., Sgr., Pf.

Schlag-Leinseit. 7 20 - 8 17 6 9 5 -

Winter-Raps. 7 15 - 7 25 - 8 7 6

Winter-Rübse. 7 12 6 7 17 6 8 -

Sommer-Rübse. 7 10 - 7 20 - 8 2 6

Leinbohnen. 6 25 - 7 2 6 7 15 -

Rapsuchen unverändert, schleische 71-74 Sgr. per 50 Kilogr.

Leinuchen sehr fest, schleische 104-106 Sgr. per 50 Kilogr.

Kleseit schwache Kauflust, rote matter, ordinäre 11-12 Uhr., mittlere 13-14 1/2 Uhr., feine 15-15 1/2 Uhr., hochfeine 16-16 1/2 Uhr. pr. 50 Kilogr.

weiße niedriger, ordinäre 11-12 Uhr., mittlere 13-15 Uhr., feine 16-17 1/2 Uhr., hochfeine 18-19 1/2 Uhr. pr. 50 Kilogr.

Thymothee gut vertäuflich, 10%-12 Uhr. pr. 50 Kilogr.

Kartoffeln pr. 50 Kilogr. 28 Sgr. bis 1 Uhr. pr. 5 Liter 3 1/2 - 4 Sgr.

**Telegraphische Depeschen.** (Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

**Berlin**, 16. März, Abends. Über das Befinden des Reichskanzlers verlautet Folgendes: Fürst Bismarck hat bis heute Nachmittag 5 Uhr gut geschlafen. Die Schmerzen sind wesentlich beruhigt, und es zeigen sich die ersten Erscheinungen der wiederkehrenden Kraft im Puls.

**Bien**, 16. März, Abends. Die „Wien. Zeit.“ veröffentlicht die Ernennung des Petersburger Gesandten Baron von Langenau zum Botschafter am russischen Hofe.

**Pest**, 16. März. Der „Pester Lloyd“ schreibt: Ein Coalitions-Ministerium ist der Schwierigkeiten halber unwahrscheinlich. Tisza verlangt die Ermächtigung zu der Erklärung: es sei ihm gestattet, im Verfassungswege Vorschläge zur Aenderung des Ausgleichs nach der Wlaufzeit des Ausgleichs der Krone vorzulegen, vorausgesetzt die Zustimmung aller gesetzgebenden Factoren, während die Regierung die Erklärung Tisza's verlangt, so lange er Minister ist, auf den Ruf zur Geltendmachung divergenter Anschauungen in der Staatsrechtsfrage Vericht zu leisten. Semnay ist geneigt in das Cabinet einzutreten, wenn Tisza ebenfalls eintritt. Lonyay betont in einem Schreiben an Andrássy die Notwendigkeit der unbedingten und ausnahmslosen Festhaltung am Ausgleich.

**Versailles**, 16. März, Abends. Die Nationalversammlung lehnte den Antrag Pouyer Quertier, zum Zweck der Vermeidung der Salzsteuer die den Zuckerproduzenten creditirten Abgaben für 1874 teilweise sofort zu erheben, mit 456 gegen 113 Stimmen ab und verwarf darauf die Salzsteuer mit 410 gegen 270 Stimmen.

**Rom**, 16. März. Kammersitzung. Der Ministerpräsident, das Budget vorlegend, constatirt: das definitive Budget für 1873 weise gegen die Voranschläge ein Mindererforderniß von 10 Millionen, das Deficit für 1874 nur 128 Millionen auf. Die Bedeckung sei ohne Papiergelddausgabe oder Anlehen-Emission möglich. Das Deficit für 1875 betrage 79 Millionen. Er erklärt, er könne ohne Genehmigung der Finanzvorschläge seitens der Kammer nicht im Amte bleiben.

**London**, 15. März. Die zur Untersuchung der Guanolager im Süden von Iquique niedergesetzte Commission hat ihren Bericht erstattet. Nach denselben beträgt der Bestand des Guanolagers über 10 Millionen Tonnen von der besten Qualität.

**Plymouth**, 15. März. Durch den Dampfer „Moselle“ ist die Nachricht hier eingetroffen, daß die Stadt Panama am 19. v. M. von einer großen Feuersbrunst heimgesucht worden ist. Der dadurch verursachte Schaden wird auf eine Million Dollars angeschlagen.

**Petersburg**, 15. März. In der heutigen Generalversammlung der Actionäre der russischen Central-Boden-Kreditbank wurde die Vertheilung

einer Dividende von 12 p.Ct. genehmigt und beschlossen, ein Reservekapital von 130,000 Rubel, sowie eine Extrateserve von 170,000 Rubel zurückzulegen.

**Triest**, 15. März. Der Lloyd-dampfer „Saturn“ ist heute Nachmittag 5 1/2 Uhr mit der östlich-chinesischen Überlandpost aus Alexandrien hier eingetroffen.

**Konstantinopel**, 16. März. Der Sultan hat dem deutschen Gesandten v. Eichmann das Großkreuz des Osmanischen Ordens verliehen.

**Plymouth**, 16. März. Der Hamburger Postdampfer „Hammonia“ ist hier eingetroffen.

## Berliner Börse vom 16. März 1874.

### Wechsel-Course.

Amsterdam	250 Fl.	19 T.	37 1/2	142 1/2	bz
do.	do.	2 M.	14 1/2	141 1/2	bz
Augsburg	100 Fl.	2 M.	5	56 20	G.
Frankf. a. M. 100 Fl.	2 M.	37			
Leipzig	100 Thlr.	8 T.	47	99 1/2	G.
London	1 Lst.	3 M.	13	62 1/2	bz
Paris	300 Frs.	8 T.	47	80 1/2	bz
Petersburg	100 Rs.	3 M.	61	91 1/2	bz
Warschau	90 SR.	8 T.	62	92 1/2	bz
Wien	150 Fl.	8 T.	62	90 1/2	bz
do.	do.	2 M.	5	89 1/2	bz

### Fonds- und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anleihe	4 1/2	%	4 1/2	%	
Staats-Anl. 4 1/2 %/je 4 1/2	103	bz			
do. consolid.	106	bz			
do. 4 1/2 %/je 4 1/2	99 1/2	bz			
Staats-Schuldschein	37	bz			
Präm.-Anleihe v. 1855	122	bz			
Berliner Stadt-Oblig.	102	bz			
Berl.-Nordbahn	5	bz			
Berl.-Potzd. Mard.	8	bz			
Berl.-Stettin	12 1/2	10 1/2			
Böh.-Westbahn	5	bz			
Brosien-Freib.	7 1/2	8			
Cöln-Minden	97 1/2	10 1/2			
do. neue	5	bz			
Cuxhaven, Eisenb.	5	bz			
Dux-Bodenbach	5	bz			
Gal-Carl-Ludw.	7	bz			
Halle-Sorau-Gub.	0	bz			
Hannover-Altenb.	5	bz			
Kaschau-Oderbr.	5	bz			
Kronpr.-Rudolph-B.	5	bz			
Ludwigs.-Bexx.	11	bz			
Märk.-Posener	0	bz			
Magdeb.-Halberst.	8 1/2	bz			
Magdeb.-Leipzig	14	bz			
do. Lit. B.	4	bz			
Mainz-Ludwigh.	11 1/2	10			
Niederschl.-Märk.	4	bz			
Oberseel. A. C. D.	13 1/2	bz			
do. B.	13 1/2	bz			
do. neue	0	bz			
Oester.-Fr. St.	19	bz			
Oest. Nordwestb.	5	bz			
Oester. stdt. St.	4	bz			
Ostpreuss. Südab.	0	bz			
Rechte-O.-U.-Bahn	6	bz			
Reichenberg-Pard.	4 1/2	4 1/2			
Rheinbahn	98 1/2	100 1/2			
Rhein-Nahe-Bahn	0	bz			
Rumän. Eisenb.	33 1/2	35 1/2			
Stargard-Posener	4 1/2	4 1/2			
Thüringer	9	bz			
Warschau-Wien	10	bz			

### Hypotheken-Certificate.

Kündb. Cont.-Bod.-Cr.	5	102	G.
Unknd. do. (1872) 5	101 1/		